

Stimmen : aus Frankreich

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Postface**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **17 (1923)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Stimmen

Aus Frankreich.

Die unterzeichneten Vereinigungen gewahren mit Schmerz, wie Frankreich sich mehr und mehr in ein Unternehmen verwickelt und festlegt, das ihm weder Ehre noch Gewinn einbringen kann.

Sie verlangen durchaus nicht, dass Deutschland von der Bezahlung der Entschädigungen befreit werde, die es den Bevölkerungen der von ihm verwüsteten Gebiete schuldet. Sie sind der Meinung, dass Deutschland bis auf diesen Tag nicht die Anstrengungen gemacht habe, die es hätte machen müssen.

Aber sie glauben, dass ebenso, wie für die Eintreibung der privaten Schulden der körperliche Zwang abgeschafft ist, so auch für die Eintreibung internationaler Schulden die Einziehung manu militari durch das Völkerrecht nicht mehr erlaubt werden dürfe, und dass diese, was man auch darüber sage, durch den Text des Vertrages von Versailles nirgends vorgesehen sei.

Sie wissen, dass jede militärische Besetzung vor allem in einem feindlichen Land mit Notwendigkeit Akte der Bedrückung und der Gewalt nach sich zieht: Unterdrückung aller Freiheit der Presse, Verurteilungen, Ausweisungen, Verfolgungen, Festnahme von Geiseln, Tötung von Menschen und alle andern Massregeln, die täglich in unsern Zeitungen veröffentlicht werden und deren Lektüre die traurigsten Tage des Krieges wieder aufleben lässt.

Sie wissen, dass ausser den Vorkommnissen, die von den französischen Zeitungen zugestanden werden, noch viele andere geschehen, die in den fremden Zeitungen veröffentlicht werden, und die, auch wenn sie übertrieben sein sollten, nichtsdestoweniger zur Folge haben, dass sie den Ruf Frankreichs schädigen.

Sie sind der Meinung, dass vom finanziellen Gesichtspunkt aus die Bezeichnung «verhängnisvoll», die Herr Bonar Law auf das Ruhrunternehmen anwendete, sich mehr und mehr bestätige, aber auch sogar für den Fall, dass diese Art von Pressure, wie unsere Regierung sich ausdrückt, Deutschland einige Millionen entrisse, dieses Unternehmen nichtsdestoweniger «verhängnisvoll» wäre vom moralischen Gesichtspunkt aus, indem sie den deutschen Hass vermehrt und dadurch Frankreich verpflichtet, ewig am Rhein Wache zu halten und sich gegen einen Revanchekrieg zu verteidigen, den unvermeidlich zu machen es sich selbst alle Mühe zu geben scheint, und indem es mehr und mehr die Sympathien des Auslandes entfremdet, die ohnehin schon geschädigt sind.

Sie sprechen den Wunsch aus, dass die Frage so schnell als möglich vor den Völkerbund gebracht werde. Obschon sie sich über die Macht des gegenwärtigen Völkerbundes durchaus keine Illusionen machen, so erblicken

sie in ihm doch das am besten geeignete Organ für die Lösung der Reparationsfrage, die mit der internationalen Schulden verbunden ist.

Sie bedauern, dass die französische Regierung entschlossen ist, die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund von der Verpflichtung abhängig zu machen, dass im Gegenteil die vorgängige Teilnahme Deutschlands das beste Mittel, um die Regelung zu sichern, gewesen wäre und immer noch wäre.

Union populaire pour la Paix Universelle.

Section Française de la Ligue Internationale de Femmes pour la Paix et la Liberté.

Section Française de la Réconciliation.

Mouvement Pacifique Chrétien.

Ligue Néo-Pacifiste pour la Société des Peuples.

Rundschau

Zur Schnapsabstimmung. Was sollen wir zu der Abstimmung vom 3. Juni sagen? Um ein richtiges Urteil darüber zu haben, was sie in Bezug auf den moralischen Zustand unseres Volkes bedeutet, müsste man die letzten Wochen viel im Land herum gekommen sein, müsste, durch eine Tarnkappe verborgen, den Gesprächen im Eisenbahnwagen, in den Werkstätten und vor allem im Wirtshaus zugehört haben. Wer nicht in dieser Lage war, ist auf Vermutungen angewiesen.

Eine Vorbemerkung: Ich habe für das vorgeschlagene Gesetz nur eine sehr bescheidene Begeisterung aufgebracht. Einem Werk Musys, bei dem wohl einige der Mächte Gevatter gestanden, von denen wir nichts Gutes zu empfangen gewohnt sind, kann ich nur mit Misstrauen begegnen. An die hochmoralischen Absichten Musys zu glauben, fehlt mir der Schwung. Wie die Annahme des Gesetzes noch keine moralische Tat gewesen wäre, so hätte seine Ablehnung an sich noch kein schlimmes Zeichen bedeutet. Aber etwas anderes ist diese Ablehnung an sich und etwas anderes ihre Motive. Welches sind diese Motive?

Man kann den Sinn dieses Tages auf zweierlei Art beurteilen.

Das pessimistische Urteil liegt näher. Es ist ein Offenbarwerden aller bösen Triebe in unserem Volke, ein Triumph des krassen Bauern-Egoismus, ein Sieg des Wirtshauses, eine Selbstbehauptung gemeiner Gier.

Ist es wirklich das, nur das? Könnte es nicht auch eine Auflehnung gegen alle staatliche Reglementiererei, ein Misstrauensvotum gegen das regierende System und die politische und geistliche Führerschaft sein, und müssten wir dann nicht Freude daran haben?

Oder sollen wir eine Mischung dieser bösen und guten Motive annehmen?

Leider erscheint die optimistische Auslegung wenig wahrscheinlich. Unser Volk zeigt immer wieder, dass es sich von seinen «Führern» schon leiten lässt, wenn sie ihm das sagen, was ihm passt, das heisst: was seiner Eitelkeit, seinem Egoismus und Mammonismus, seiner Geistes- und Herzensengigkeit entspricht. Das hat man bei Anlass der Vermögensabgabe und der Zollinitiative gesehen und sieht man auch sonst reichlich. Es lehnt sich auch gegen den Etatismus nicht grundsätzlich auf. Dieser ist ihm in Gestalt der unbedingten Vollmachten, der Einfuhrverbote, des Sub-